



+++ Aus dem Plenum+++

TTIP und CETA im Parlament

Am Donnerstag diskutieren wir im Bundestag wieder einmal über die Handelsabkommen TTIP und CETA. Die Opposition hat dazu mehrere Anträge vorgelegt. Für die Bundesregierung werde ich Stellung nehmen zu den Vorschlägen.

Die SPD begleitet die Debatte über das TTIP-Abkommen nach wie vor intensiv, und wir haben bereits wichtige Verbesserungen wie **höhere Transparenz** der Verhandlungen und die **Neuregelung der Schiedsgerichte** durchgesetzt.

Ab dem 19. Oktober wird in Miami die 11. Verhandlungsrunde zu TTIP eröffnet. Wann die Verhandlungen zu Ende sind, ist nach wie vor offen.

Einen **Faktencheck** und die **Positionen der SPD** zu beiden Abkommen gibt es [hier](#).

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

29. September 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit September haben meine Mitarbeiterinnen im Berliner Büro Verstärkung aus Spanien: Miguel aus Valencia macht in meinem Büro ein „Freiwilliges Jahr Politik“ - nach Roman und Daniel der dritte junge Mann, der mein Team ein Jahr lang unterstützt. Miguel hat gerade im Mai sein Abitur an einer deutschen Schule in Valencia gemacht und möchte - bevor er nächstes im Herbst in Deutschland studiert - unser Land und das politische Berlin näher kennenlernen. Miguel interessiert sich sehr für Geschichte - das Deutsche Historische Museum war einer der ersten Orte, den er hier besucht hat - und spielt gerne Wasserball. Es ist klasse, dass nicht nur Miguel in den kommenden Monaten (hoffentlich) viel lernen wird, sondern dass auch wir viel Neues über Spanien erfahren werden!

Vergangenen Donnerstag fand der „Flüchtlingsgipfel“ von Bund und Ländern statt, auf dem ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen wurde. Deutlich wurde vor allem: Der Bund lässt die Länder und Kommunen nicht alleine bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Das ist richtig und wichtig! Im Kern geht es darum, Asylverfahren deutlich zu beschleunigen, Fehlanreize zu beseitigen, Länder und Kommunen deutlich zu entlasten und die frühe und umfassende Integration derer zu befördern, die schutzwürdig sind. Die Details der Entscheidung gibt es [hier](#).

In der letzten Woche gab es im Deutschen Bundestag eine ausführliche Anhörung zum Thema „Sterbehilfe“. Im November werden wir ohne Fraktionszwang voraussichtlich über vier Gesetzentwürfe abstimmen, die von Abgeordneten verfasst worden sind und zum Teil tiefe Eingriffe ins Strafrecht vorsehen. Die reichen vom Totalverbot über eine Bestrafung organisierter („geschäftsmäßiger“) Beihilfe mit Wiederholungsabsicht bis zum Verbot nur der kommerziellen Hilfe. Ohne Strafrecht kommt ein Entwurf aus, der im Zivilrecht festlegen will, dass Ärzte bei unheilbar Todkranken mit großem Leiden Sterbehilfe leisten dürfen. Eine sehr schwierige Entscheidung - ich meine nach wie vor, dass keine Änderung das Beste wäre. Ich plane zu diesem Thema im Oktober eine Diskussionsveranstaltung in Darmstadt, näheres dazu in einer der nächsten Ausgaben des „Brief aus Berlin“.

Am Sonntag reise ich für eine Woche mit einer Wirtschaftsdelegation nach Asien: Malaysia und die Philippinen stehen auf dem Programm. Das wird sicher spannend!

Euse / Ihre Brigitta Zypries



+++ Verbrauchertipp +++

Energiesparen durch Heizcheck

Die Heiz-Saison beginnt und viele fragen sich jetzt, wie kann ich Energie sparen. Ab dem 1. Oktober bietet die Verbraucherzentrale den **neuen Heizcheck** an, bei dem Verbraucher von Energieberatern praktische Tipps zur **Optimierung ihrer Heizung** erhalten.

Der Heiz-Check selbst kostet 30 Euro; für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis ist er kostenlos. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert die Initiative mit 1,5 Mio € in diesem und nächstem Jahr. Weitere Infos gibt es bei der [Verbraucherzentrale](#).

Für Darmstadt und den Landkreis gibt es in Griesheim die Initiative „**Stromspar-Check**“ - ein tolles Projekt! Vor allem Haushalte mit geringem Einkommen können so ihre **Energiekosten deutlich senken**. Und Bezieher von Sozialleistungen erhalten ein kostenfreies Beratungsangebot. Mehr [hier](#).

Krankenhausreform: 4 Milliarden Euro mehr im System

Für viel Diskussion sorgt derzeit die geplante **Krankenhausreform**. Das von Bundesgesundheitsminister Gröhe vorgelegte Krankenhausstrukturgesetz will vor allem **vier Probleme lösen**: Personalnotstand beim Pflegepersonal beseitigen, Finanzierung der Krankenhäuser sicherstellen, Anreize für viele und teils unnötige Behandlungen reduzieren und die Verteilung der Kliniken besser regeln (Gebiete mit Überversorgung bzw. drohender Unterversorgung).

Viele Krankenhäuser zeigen sich besorgt, dass sie zukünftig finanziell schlechter ausgestattet sein werden. **Ich kenne die schwierige Situation der Krankenhäuser aus Gesprächen mit dem Klinikum Darmstadt, dem Elisabethenstift und dem Alice-Hospital und nehme die Sorgen der Kliniken sehr ernst**. Die SPD hat auf die Kritik bereits reagiert und Verbesserungen an entscheidenden Punkten eingebracht. Das oberste Ziel ist, durch das Gesetz die Qualität der Versorgung und insbesondere der Pflege zu verbessern. Dafür wird zukünftig nicht weniger, sondern **mehr Geld für Krankenhäuser** - nämlich **4 Mrd. Euro bis 2018** - zur Verfügung stehen. Für eine **bessere „Pflege am Bett“** soll es ein Förderprogramm von 660 Millionen Euro geben, mit dem Krankenhäuser mehr Pflegepersonal einstellen können.

Der zuvor nach dem Gießkannen-Prinzip verteilte Versorgungszuschlag in Höhe von 500 Mio. Euro soll 2017 in einen **zweckgebundenen Pflegezuschlag** umgewandelt werden, bei dem sich die Höhe der Zuschüsse an der Anzahl der pflegenden Personen bemisst. Dadurch würden den hessischen Krankenhäusern 40 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen. Bei der Krankenhausplanung soll erstmals die Qualität eine besondere Rolle spielen, und es wird Zuschläge für hohe und Abschläge für schlechte Qualität geben. Wir wollen zukünftig außerdem verhindern, dass gewisse Operationen allein aus wirtschaftlichen und nicht aus medizinischen Gründen durchgeführt werden und bauen entsprechende Anreize ab.

Angesichts des demographischen Wandels wird es auch zu **Umstrukturierungen in der Krankenhausversorgung kommen müssen**, sodass wir Überkapazitäten in Ballungszentren abbauen und gleichzeitig die notwendige Versorgung auf dem Land erhalten. Hierfür ist ein **Strukturfonds** im Umfang von bis zu 1 Mrd. Euro geplant, der z.B. einer Umwandlung von Vollversorgern zu Spezialkliniken dienen soll.

Mit der Reform erreichen wir endlich die **finanzielle Aufwertung der Pflegearbeit**, eine verbesserte Finanzierung der Krankenhäuser im Hinblick auf Qualität und stellen die Weichen für eine langfristig erfolgreiche Versorgung für die Patientinnen und Patienten. Das Gesetz zur Krankenhausreform soll im November im Bundestags beschlossen werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:
Sven-David Pfau

Aus dem Plenum: 25 Jahre Deutsche Einheit - 25 Jahre Einheit und Freiheit

Diesen Freitag diskutieren wir im Plenum des Deutschen Bundestags den Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2015 – anlässlich des 25. Jahrestags der Deutschen Einheit ist dieser ein besonderer Bericht. Seit 1997 listet der jährliche Bericht zum Stand der Einheit auf, welche Fortschritte wir bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West machen. **Nach einem Vierteljahrhundert können wir stolz sagen: Diese Bilanz kann sich sehen lassen.**

Die Wirtschaftsleistung hat sich in den neuen Ländern mehr als verdoppelt, die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem Rekordtief, die Lücke bei den Tariflöhnen ist fast geschlossen, die Verkehrsinfrastruktur ist grundlegend erneuert, der Verfall der Innenstädte und **auch die Abwanderung von Ost nach West sind gestoppt**: 2014 kamen zum zweiten Mal in Folge mehr Menschen nach Berlin und in die neuen Länder als wegzogen - eine gute Nachricht! Befragt man die Menschen in Ost und West, so fällt die auch die ganz persönliche Bewertung der Wiedervereinigung positiv aus: **77 Prozent der Ostdeutschen und 62 Prozent der Westdeutschen haben die Einheit auch für sich als vorteilhaft erlebt** und auch die allgemeine Lebenszufriedenheit ist im Osten (76 %) und Westen (83 %) hoch.

Es bleibt noch was zu tun

Trotz aller Erfolge der vergangenen 25 Jahre bleibt noch Handlungsbedarf - und dabei müssen wir immer stärker auch die Entwicklung strukturschwacher Regionen in den alten Ländern im Blick behalten. **Die Bundesregierung will deshalb nach dem Auslaufen des Solidarpakts II (2019) ein weiterentwickeltes Fördersystem für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland vorlegen.** Regionale Unterschiede wird es in Deutschland sicherlich immer geben. Wir finden sie zwischen Ostfriesland und Hessen genauso wie zwischen Sachsen und Vorpommern, jede Region hat ihren eigenen Charakter. Deshalb ist **unser Ziel** nicht gleiche, sondern **gleichwertige Lebensverhältnisse** - so steht es auch in unserer Verfassung.

Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt

Die **zentrale Feier zum 3. Oktober** findet immer in dem Bundesland statt, das gerade den Vorsitz im Bundesrat hat - und das ist dieses Jahr Hessen. In **Frankfurt/Main wird vom 2. bis 4. Oktober** in der zentralen Innenstadt auf dem Römerberg, dem Paulsplatz, der Zeil und am Main das große Bürgerfest zum 25. Jubiläum gefeiert. Das Programm des Bürgerfests gibt es [hier](#).